

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Leipzig.
Rosen & Comp. Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontokonto:
Gebr. Winkold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,75 M., durch
den Postbezugsstellenpreis 3,25 M., erster Anhang für Deutschland
und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.
Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Anzeigenpreis: die 9spaltige Anzeigenzeile 1,20 M., Familienanzeigen
1,00 M., die 3spaltige Anzeigenzeile 4 bis 10 M., ausschließlich Inseratensteuer. Bei
wiederholter Aufnahme Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Be-
schreibung der Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen. Jahr Beifolgebildung 20 Pf.

Nr. 16

Dresden, Mittwoch den 21. Januar 1920

31. Jahrg.

Das Ende des Dreier-Rats

Ein englisch-russisches Syndikat

In der Aufhebung der Blockade gegen Sowjet-Rußland
erklärt der russische Sowjetvertreter in Kopenhagen, Vi-
tinoff, dem Kopenhagener Reuterskribenten, daß die
Aufhebung der Blockade mit den englisch-russischen Verhand-
lungen in Kopenhagen in Verbindung stehe. Die Auf-
hebung der Blockade werde für die wirtschaft-
liche Lage Rußlands von größter Wichtigkeit sein. Ruß-
land habe große Mengen Waren zur Ausfuhr bereit, dar-
unter Flach, Hanf, Holz, Kelle, Häute und
Platin. Es habe in erster Linie nötig Maschinen,
landwirtschaftliche Geräte und Eisenbahn-
materialien. Für die eingeführten Waren werde Ruß-
land Konzessionen geben und auch eine gewisse Menge
Gold ausführen. Die Länder, die zuerst mit Rußland die
Handelsbeziehungen wieder aufnehmen, würden zuerst die
Vorteile davon genießen. Petersburg werde den natür-
lichen Mittelmarkt für die Ein- und Ausfuhr Rußlands
bilden.

Es ist ein seltsames Doppelspiel: England bekämpft die
Mittelmeerblockade, seine Mittelmeerflotte drohend ein in
das Schwarze Meer — zugleich aber knüpft es Handelsbe-
ziehungen mit Rußland an, um nur ja keinen anderen sich zu-
vorzulegen zu lassen. Keinen besseren Beweises für den
Zusammenhang der kapitalistischen auch feindsüchtigen Länder gibt
es als folgende Nachricht, die aus Warschau übermittelte wird:

Die russischen Industriellen haben sich vereinigt und mit
den russischen Großbanken ein Syndikat mit einem Kapital
von zwei Milliarden Rubel gegründet. Das Syndikat erhält
von einem englischen Syndikat einen Kredit von einer Mil-
liarde Rubel in Gold. Der Kredit ist für die Flottmachung
und den Wiederaufbau der russischen Indu-
strie bestimmt. Dasselbe wurde zur Bedingung gemacht, daß
die Industrie Kriegszwecken nicht dienen dürfe. Von russi-
scher Seite sind die Hauptbetriebe der Internationale Bank
für Rußland und mehrere Privatfirmen.

Für Deutschland bedeutet die Verwirklichung der eng-
lisch-russischen Pläne einen schweren Schlag. Abgeschlossen
von allen übrigen Weltmächten setzen wir uns ganze
Anstrengung auf den Osten. Wenn dort drüben erst Ruhe und
Frieden herrscht, dann ist unsere Stunde da, so rechnen wir.
Über England macht nicht solange. Wäre da nicht auch für
uns schon jetzt die Zeit gekommen. Anknüpfungspunkte mit
Rußland zu suchen? Es handelt sich für uns um eine Lebens-
frage. Setzt der Welt sich erst im Osten fest, dann kommen
unsere Diplomaten, unsere Kaufleute und Techniker zu spät.

Freilich wollen wir in England erfolgreiche Konkurrenz
bieten. So müssen wir den russischen Hunger nach Maschinen
und Eisenbahnmateriale voll stillen können. Das erfordert,
daß wir produzieren und transportieren können und dazu
samm jeder beitragen, indem er nach Kräften den Streitwan-
nen in sich und bei anderen bekämpft und hilft, Werte für den
Wustausch zu erzeugen.

Wolens Kurzt vor Rußland

Semberg, 21. Januar. Die Wälder bereiten darauf
vor, daß es in der nächsten Zeit zu einem entscheidenden
Zusammenstoß zwischen der polnischen Armee und den Bolsche-
wisten kommen wird. Die Bolschewisten haben den wick-
ligen Eisenbahnpunkt in der Ukraine, Smerensk,
besetzt und nähern sich der galizischen Grenze.

Bekehrung von Kowgorod Wohlwill

Rotterdam, 21. Januar. Eine bolschewistische drab-
tische Meldung besagt, daß die Stadt Kowgorod Wol-
dowitsch vollständig gerettet wurde. Die Truppen von Pet-
lura veranfaßten zuerst ein Pogrom. Später wurde
die Stadt von den Polen besetzt und die Truppen Petluras
brachten sie bei dem Abzug in Brand. Nur 20 Häuser blieben
verschont und nur 200 von den Bewohnern blieben am Leben.

Ritti wird energisch

Dem Echo de Paris zufolge hat Ritti gestern folgende
wichtige Erklärung abgegeben:

Wenn am 20. Januar, zu der Stunde, da ich den Fuß
nach Rom betrete, die jugoslawische Regierung noch nicht
ihre definitive und endgültige Annahme des Kom-
munitätsvertrages erklärt hat, so ist die diesbezügliche
von Italien gegebene Zustimmung als null und nichtig zu
betrachten. Italien wird von Frankreich und England mit-
bestimmen, einzig den Londoner Vertrag von 1915 durchzu-
führen. Demzufolge Italien die ganze dalmatinische Küste
zurückzugeben soll.

Anzudeuten ist die Note der jugoslawischen Regierung auf
den jüngsten Vorschlag zur Lösung des Adriaproblems ein-
zutreten. Sie dürfte, wie beabsichtigt wird, ablehnen ab-
zusehen sein, jedoch die Möglichkeit weiterer Verhand-
lungen offen lassen.

Ob Italien sich darauf einläßt, bleibt freilich un-
klar.

Genf, 18. Januar. Aus Paris wird gemeldet:

Die Zeitungen, die noch mit dem bisherigen Ministerium
des Reichens in Fühlung stehen, haben den Vorschlag gemacht,
Millerand möge den Präsidenten Poincaré zum General-
bevollmächtigten Frankreichs für die weiteren Friedensver-
handlungen ernennen, damit Frankreich den Vorzug behalte.
Unterdes scheint aber die Auflösung des Rates der Drei en-
gültig für heute beschloffen zu sein. Lloyd George und
Ritti haben ihre Absicht zu verkündet, um die Zustimmung
oder Ablehnung der Belgier Regierung zu dem Kompromiß-
abkommen über Niume abzuwarten. Von nun an werden
also die Unterhandlungen über alle Friedensfragen auf
diplomatischem Wege geführt werden und nur in
besonderen Fällen werden die Ministerpräsidenten in Lon-
don oder Paris persönlich Konferenzen abhalten.

Millerand scheint im übrigen wenig Neigung zu haben,
die Verantwortung für sein Amt mit anderen teilen zu wollen.
Er wird im Gegenzug zu seinem Vorgänger Ratschläge und
Einsparungen berücksichtigen; aber er wird das einmal Be-
schlossene selbst durchführen wollen, da er auch selbst vor dem
Parlament die Verantwortung tragen muß.

Nach Echo de Paris verläuft in diplomatischen Kreisen, daß
im Januar der Oberste Rat eher in London als in Paris tagen
werde, da Lloyd George Kellner der Regierungschef geworden
ist. Lloyd George habe den Wunsch geäußert, daß Clemenceau
Präsident der Friedenskonferenz bleiben solle. Clemenceau hat aber
abgelehnt.

Aus Paris wird ferner gemeldet, daß der linksdemokratische
Abg. Maginat das neugebildete Ministerium für Kriegs-
pensionen übernommen hat.

Schleswiger heraus!

Der deutsche Ausschuss für Schleswig bittet
um Abdruck folgenden Aufrufes: Abkündigungsberech-
tigte aus der ersten Zone Nord-Schleswigs! Wer noch
nicht seinen Abkündigungsantrag eingereicht hat, hole dies sofort
beim deutschen Ausschuss in Altona, Eidergraben, nach.
Letzter Eingangstermin in Altona ist am
23. Januar. Spart nicht Elbriesel oder Telegramm! Nehmt
nicht zur Rettung eurer Heimat!

Neuer Teil der Aufgabe mit: Alle Angehörigen von Kriegs-
teilnehmern, die in Schleswig inunberührt sind und noch nicht aus der
Abkündigungsberechtigten sind, werden dringend aufgefordert, die
Abkündigung der Kriegszustände sofort dem deutschen Ausschuss für
Schleswig in Altona, Eidergraben 20, einzureichen. Den Ab-
kündigungsberechtigten vor ersten Jone in Schleswig wird in den
nächsten Tagen der Ausweis, der als Reisepaß dient, sowie der Güte-
schein für die Rückkehr zu geben. Weiter erhält jeder Abkündigungsberech-
tigte einen Nachtrag über die Höhe von und nach dem Abkün-
digungsberechtigten. Die Abkündigungsberechtigten, die die Abkün-
digungsberechtigten zur Erfüllung der Aufgaben auf dem Antrag eingereicht
hatten, werden bei der Abkündigung zurückgegeben.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge

Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers
vom 16. Januar 1920 hat die bisher gültige Erwerbslosen-
fürsorge eine bedeutende Änderung gefunden. Als Ziel der
Förderung wird die Befähigung der Erwerbslosigkeit
durch Aufnahme von Arbeit bezeichnet, und nur, soweit
dieses Ziel nicht erreicht werden kann, soll Unterstützung gewährt
werden. Erwerbslose sollen grundsätzlich an ihrem Wohnort vom
1. August 1914 zurückzuführen. An einem anderen Orte darf ihnen
er Unterstützung nicht länger als vier Wochen gewährt werden, es sei
denn, daß sie an dem neuen Wohnort einen gemeinschaft-
lichen Hausstand begründet haben oder die Rückkehr in den
früheren Wohnort tatsächlich undurchführbar ist. Das
Anspruchsalter ist von 14 auf 16 Jahre heraufgesetzt. Aus-
ländern wird nur bei vorübergehender Mangelnotlage Unterstüt-
zung gewährt.

Für Rückföhrungsansprüche, denen die Durchführung
der Erwerbslosenfürsorge unter Berücksichtigung von Vertretern der
Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt, wird zur Pflicht
gemacht, in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweiser
darauf hinzuwirken, daß den unterliegenden Erwerbslosen mit un-
mittelbarer Rückmeldung geeignete Arbeit vermittelt wird.
Die Verordnung tritt am 1. Februar 1920 in Kraft.

Gefährliche Forderungen

Die vier wirtschaftspolitischen Verbände der deutschen
Landwirtschaft (Bund der Landwirte, Teutischer Landbau-
Vereinigung der deutschen Bauernvereine und Teutischer
Bauernbund) hielten mit Vertretern der vier bürgerlichen
Parteien von Reichs- und Landtag eine Beratung über
ihre Ernährungs- und Landwirtschaft ab. Die vier Ver-
bände unterbreiteten folgendes Programm:

Ausgehend von der Tatsache, daß das bisherige Schicksal
der Landwirtschaft völlig gesichert ist, und die Gefahr der
Zerstückelung der Landwirtschaft den Beweis erbringt, daß bei einer
Fortführung dieses Systems eine so rasche Ertragsstei-
gerung des landwirtschaftlichen Betriebes die Folge ist, daß schließlich der völlige Zusammenbruch der Land-
wirtschaft eintritt, stellen die vier landwirtschaftlichen Verbände im
Interesse der Produktionssteigerung, die allein unter Volk und
Landtag am liebsten Schicksal drohenden Hungererlösen entgegen,
folgende Forderungen auf:

1. Die Viehwirtschaft soll sofort freigegeben werden.
2. Die Bewirtschaftung der Kartoffeln soll mit
dem laufenden Wirtschaftsjahr ihr Ende erreichen.
3. Bei Brotgetreide soll vom 1. August 1920 an grund-
sätzlich freie Wirtschaft eintreten. Sollte die
diesem Standpunkt nicht beitreten können, so ist eine Ket-
tenlieferung zu erwägen, die den vorkrieglichen Ertrag
und Produktionskosten entsprechenden Grundpreisen durch-
zuführen.
4. Milch und Kuhbutter, soweit sie zur Versorgung der
Minder, Kranken und kranken Mütter notwendig sind, sind
durch Lieferungsverträge zu sichern.

Alle übrigen landwirtschaftlichen Produkte sollen vom
1. August 1920 an frei werden. Die Verbände sind im Vor-
aus, daß nur durch derartige Maßnahmen die Ertrags-
steigerung der Produktion ermöglicht werden kann, die für die
Ernährung unseres Volkes unbedingt erforderlich ist. Den Schwei-
gen, die durch die Preissteigerung für die Minder der Be-
kommen und Selbstkosten sowie die kleinen Rentiers entstehen,
ist dadurch Rechnung zu tragen, daß das Reich in ausreichender
Weise diesen Schäden finanziell zur Seite tritt. Maßnahmen
gegen Streiks und Verfürgung der Arbeitszeit sind ebenfalls
unbedingt erforderlich.

Die Erfüllung der Forderungen der Landwirte würden
unser Volkswirtschaft in ein Chaos verwandeln und das Elend
der Volksmassen unendlich vermehren. Ein gewaltiges Zeigen
der Preise aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse müßte bei den
herrschenden Mangel unbedingt die Folge der verlangten Frei-
gabe sein. Nicht doch unsere Nahrungsmitteleproduktion nicht
aus, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen,
und eine Einmischung von Nahrungsmitteln ist bei dem jetzigen
Stand der Volkswirtschaft nur zu unangebrachten Preisen möglich. Alles,
was wir bisher an Streiks erlebt haben, wäre ein Kinder-
spiel gegenüber dem, was dann kommen müßte, wenn die
angeforderten Forderungen erfüllt werden. Es ist ganz aus-
geschlossen, daß die in Folge der kolossalen Preissteigerung er-
forderliche Erhöhung der Löhne in Ruhe vor sich
ginge. Die schwersten Kämpfe, die unser Volkswirtschaften
auf sich selbst erhitzen müßten, wären die unausbleibliche
Folge.

Es ist auch nicht wahr, daß die Ernährung des deutschen
Volkes durch die freie Wirtschaft gesichert würde. Besonders
gefährlich wäre die Freigabe der Viehwirtschaft. Ge-
wöhnlich wäre vermutlich eine starke Vermehrung un-
gesunder Viehbestandes und untrier Fleischproduktion die Folge, aber
das könnte nur auf Kosten unserer Versorgung mit pflanzlichen
Nahrungsmitteln geschehen. Die Freigabe der Viehwirtschaft
bedeutete den Hungertod von Millionen unserer
Vollgenossen. Daß die Aufhebung der Nahrungsmittel-
bewirtschaftung uns ein ungeheures Ansehen unserer Not-
leid brachte, ist ohne weiteres klar, weil ja Preise und Löhne
kolossal steigen würden. Und ein Ausverkauf würden Inlands-
preisen und Auslandspreisen würde dabei nicht einmal er-
reicht. Die Zustände, die sich in Deutschland nach Einführung
der freien Wirtschaft entwickeln, müßten dazu führen, daß
unsere Volkswirtschaft immer und immer wieder sinkt.
Deshalb würde wahrscheinlich auch nie eine Grenze erreicht
werden, bei der die Entwertung des deutschen Geldes im Aus-
land haltmache. Kurz und gut, die Freigabe der Nahrungs-
mittelbewirtschaftung bedeutete für unser Volk einen Schreck-
ohne Ende. Durch die Einführung der freien Wirtschaft wür-
den den größeren Landwirten ein Millionenvermögen gemacht
den die Preise ihrer Produkte steigen unangeheuer, während
sie nicht mehr Hypothekenzinsen aufzubringen brauchen wür-
den. Die kleinen Landwirte aber hätten unter den durch
die Einführung der freien Wirtschaft hervorgerufenen Zu-
ständen aufs schwerste zu leiden, denn an der kolossalen Preis-
steigerung aller Waren, die dann einträte, hätten sie auch schwer
zu tragen, und so sie nur einen verhältnismäßig geringen
Teil ihrer Erzeugnisse verkaufen konnten, brächten ihnen ihre
Wohneinheiten kaum eine ausreichende Entschädigung; die
Wohneinheiten, die ihnen infolge der steigenden Löhne
ermüßten.

Die gemeldet wird, sollen die bürgerlichen Fraktions-
vertreter den Gedanken des landwirtschaftlichen Erwerbs.